

KOMMUNIKATIONS- LEITFADEN



Modellregion
Inklusive Schulentwicklung

IMPRESSUM

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Dezernat Bildung und Frauen
Stadtschulamt

Verantwortlich:

40.S3 Pädagogische Grundsatzplanung
Monika Ripperger
Telefon: +49 (0)69 212 74395
E-Mail: monika.ripperger@stadt-frankfurt.de
Internet: www.stadtschulamt.stadt-frankfurt.de

Alle Rechte vorbehalten
©2015 Stadt Frankfurt am Main

Beratung und Konzept:

Klenk & Hoursch, Frankfurt am Main

Druck:

CEWE Stiftung & Co. KGaA

Auflage: 2.000 Stück

Bildnachweis:

Titelfoto: [diego_cervo/iStock/Thinkstock](#)
Foto Seite 4: Stadt Frankfurt

INHALT

Es ist normal, verschieden zu sein – jedes Kind ist anders!	4
Der Hintergrund	6
Bewusstsein für die unterschiedlichen Perspektiven entwickeln	8
Anspruch der Stadt Frankfurt	14
Regionale Koordinierungsplattformen	16
Situation in den Regionen	18
Die Entwicklung der Gesamtkonzeption	22
Ausblick	24

ES IST NORMAL, VERSCHIEDEN ZU SEIN – JEDES KIND IST ANDERS!



Inklusion ist ein Menschenrecht. Mit der Ratifizierung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen im Jahr 2009 hat sich Deutschland verpflichtet, dieses Menschenrecht umzusetzen. Diese Verpflichtung ist auch für die Stadt Frankfurt am Main

ein selbstverständliches Anliegen.

Ein wichtiger Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ist die schulische Inklusion. In einem inklusiven Schulsystem wird das gemeinsame Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zur Normalform. Die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden stehen im Mittelpunkt, diese Herangehensweise verändert Schule ganz elementar. Und diese Veränderung wird allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen, denn jedes Kind ist einzigartig und damit anders. Ich sehe Vielfalt als eine Chance für die Lern- und Bildungsprozesse aller Kinder und Jugendlichen.

Der Weg ist auch nicht neu: Inklusive Beschulung ist in Frankfurt bereits Realität. So wurde im Schuljahr 2013/14 an 46 Grundschulen und 22 weiterführenden Schulen inklusiv unterrichtet. Diese Tendenz ist steigend. Das bedeutet: Wir brauchen mehr sonderpädagogische Fachkräfte an den Regelschulen, um inklusiven Unterricht in guter Qualität zu gewährleisten.

Aus diesem Grund haben wir uns als Modellregion Inklusive Schulentwicklung beim Land Hessen beworben, denn dies ist der einzige Weg, mehr Förderressourcen in unsere Regelschulen zu bekommen. Ab dem Schuljahr 2015/2016 gehen wir mit der Modellregion beim Thema Inklusion einen großen Schritt voran. Gleichzeitig erhalten wir die Wahlfreiheit der Eltern: es gibt weiterhin Förderschulen im Stadtgebiet Frankfurt und jedes Kind, dessen Eltern lieber einen Platz in der Förderschule für ihr Kind möchten, wird einen Platz bekommen.

Mit den nun vereinbarten Eckpunkten bewegen wir uns innerhalb der vorgeschriebenen Rahmenbedingungen des Landes. Unser Anspruch: Das Bestmögliche für unsere Stadt und für alle am Bildungssystem Beteiligten herausholen. Dabei bauen wir auf den guten Erfahrungen inklusiver Beschulung in unserem Stadtgebiet und den Empfehlungen aus dem Beteiligungsprozess „Frankfurt macht Schule“ auf.

Aus vielen Gesprächen wissen wir: Wir stehen nicht vor der Frage, ob wir Inklusion an den Schulen in Frankfurt wollen. Sondern wir stehen vor der Frage nach der Umsetzung einer guten Vision von inklusivem Unterricht. Uns ist es wichtig, dass wir den Weg verantwortungsvoll und kooperativ mit allen AkteurInnen und Akteuren gestalten. Gemeinsam haben wir die Chance, etwas Großes zu bewegen.

Inklusion ist ein gemeinsamer politischer und gesellschaftlicher Auftrag und bewegt uns alle. Wir geben Ihnen hiermit eine Argumentationshilfe an die Hand, die die wichtigsten Informationen zusammenfasst. Wir bitten Sie, die nachfolgenden Seiten zu lesen und die Informationen in Ihren Gesprächen weiterzugeben. Gerne stehen wir natürlich auch für Rückfragen und Anregungen zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung!

Sarah Sorge
Dezernentin für Bildung und Frauen

DER HINTERGRUND

Nach dem Hessischen Schulgesetz haben seit dem Schuljahr 2012/2013 grundsätzlich alle Kinder – mit und ohne Behinderung – gleichermaßen Anspruch auf den Besuch einer Regelschule. Bis jetzt steht dieser Anspruch jedoch unter einem Ressourcenvorbehalt. Das bedeutet oft: Nicht alle Kinder, deren Eltern die Inklusion wollen, können an jeder Schule inklusiv beschult werden. Und dort, wo Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen aufgenommen werden, reicht die sonderpädagogische Unterstützung nicht aus.

Dieses Problem gehen wir jetzt mit allen Kräften an. In einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt über die Modellregion für Inklusive Schulentwicklung sind nun die Voraussetzungen für einen gleichberechtigten Zugang zum inklusiven Unterricht geschaffen. Unter anderem wird in der Vereinbarung der flexiblere Einsatz der Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer geregelt. Das steigert die Qualität des Unterrichts an den Regelschulen – für Kinder mit und ohne Behinderung.

Die Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen ist die politisch notwendige Grundlage, um den geplanten Umgestaltungsprozess im Frankfurter Schulsystem in Richtung Inklusion umzusetzen. Diese Rahmenbedingungen stehen jetzt fest. Nun werden wir im ersten Halbjahr 2015 gemeinsam mit den Beteiligten in den Regionen die Gesamtkonzeption für die anstehenden Veränderungen – an den konkreten Schulstandorten sowie in der Modellregion insgesamt – ausarbeiten.

Außerdem entwickelt sich die besondere Schulform „Gemeinsamer Unterricht“ (GU) zu inklusivem Unterricht weiter. Aktuell wird der GU noch an 19 allgemeinen Schulen in Frankfurt angeboten. Mit den neuen rechtlichen Grundlagen (Hessisches Schulgesetz vom 01. August 2011 und Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung oder Behinderungen vom 15. Mai 2012) läuft diese besondere Beschulungsform mit Ende des Schuljahres 2015/2016 aus.

Der gesamte Prozess zur Modellregion Inklusive Schulentwicklung wird wissenschaftlich begleitet, um Ansätze zur Fortentwicklung der inklusiven Beschulung zu gewinnen und so über die Modellphase hinaus den bestmöglichen Weg zur Inklusion weiterzuverfolgen.

In Frankfurt besteht ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens über das gemeinsame Ziel: eine inklusive und vielfältige Gesellschaft, die sich auch in der Schullandschaft widerspiegelt.

BEWUSSTSEIN FÜR DIE UNTERSCHIEDLICHEN PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

Damit Sie als Multiplikatorin oder Multiplikator im Gespräch vor Ort hilfreiche Informationen weitergeben und Ihre Gesprächspartnerinnen und -partner bei den anstehenden Veränderungen unterstützen können, ist es wichtig, ein Bewusstsein für die unterschiedlichen Perspektiven zu entwickeln. Aus diesem Grund zeigen wir hier die verschiedenen Perspektiven nochmals auf:

Lehrerinnen und Lehrer an Förderschulen

Diese Berufsgruppe steht vor einer sehr großen Veränderung ihres Berufsalltages. Im Zuge der Modellregion soll ein Teil der Förderschullehrerinnen und -lehrer schrittweise im inklusiven Unterricht an den allgemeinen Schulen eingesetzt werden. Dort übernehmen sie insbesondere eine beratende Funktion und unterrichten gemeinsam mit Regelschullehrerinnen und -lehrern meist in mehreren Schulklassen. Ein Teil dieser Lehrerinnen und Lehrer wird darüber hinaus weiterhin an den bestehenden Förderschulen unterrichten.

Wie sich die Ressourcen ab dem Schuljahr 2015/2016 verteilen, ist derzeit noch in Planung. Diese Situation ist für die Förderschullehrerinnen und -lehrer nicht zufriedenstellend. An welcher allgemeinen Schule sind sie zukünftig tätig und mit welchem Kollegium arbeiten sie dann zusammen? Für wie viele Klassen sind sie zuständig? Wie läuft die Abstimmung mit Regelschullehrerinnen und -lehrern ab? Diese Fragen werden wir erst in den kommenden Monaten im Rahmen der Gesamtkonzeption klären.

Wir müssen alle Förderschullehrerinnen und -lehrer auf diesem Weg begleiten und ermutigen. Denn ohne ihre Expertise und ihren Einsatz wird Inklusion in unserer Schullandschaft nicht gelingen. Fakt ist: Wir erhalten alle Stellen für Förderschullehrerinnen und -lehrer im System und werden im Rahmen der Modellregion sogar weitere schaffen. Und: Die Umverteilung der Stellen im Zuge der Umwandlungsprozesse von Förderschulen geschieht sukzessive und innerhalb der einzelnen Regionen. Die Stellenressource bleibt also vor Ort erhalten.

Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen

Auch diese Berufsgruppe steht vor großen Veränderungen. Denn dort, wo Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden, steigt für die Kolleginnen und Kollegen in den Regelschulen die Anforderung. Alle Regelschullehrerinnen und -lehrer müssen sich inhaltlich-methodisch auf eine heterogene Schülerschaft einstellen und Inklusion im Klassengefüge etablieren. Ihnen werden wir im Rahmen der Modellregion die bestmögliche Unterstützung geben. Darüber hinaus werden sie in Zukunft verstärkt in multiprofessionellen Teams in den Klassen arbeiten. Das benötigt Abstimmung und gemeinsame Vorbereitung.

Wir werden die Lehrerinnen und Lehrer in multiprofessionellen Qualifizierungsprogrammen – also gemeinsam mit den pädagogischen Fachkräften sowie den Förderschullehrerinnen und -lehrern – für die neuen Aufgaben schulen.

Es ist wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen die Chancen der inklusiven Beschulung für alle Schülerinnen und Schüler erkennen und nicht allein über die möglichen zusätzlichen Belastungen sprechen. Die anstehenden Veränderungen werden auf den vorhandenen Schulentwicklungsebenen gemeinsam mit allen Lehrerinnen und Lehrern erarbeitet und besprochen.

Pädagogische Fachkräfte

Diese Gruppe umfasst alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Förderprogramme im Frankfurter Schulsystem, darunter die schulischen Betreuungsangebote, die „Jugendhilfe in der Schule“ oder „Die Sternpiloten“.

Dort, wo sich Regelschulen im Rahmen der Modellregion einer inklusiven Beschulung weiter öffnen, müssen die Betreuungs- und Jugendhilfeangebote natürlich mitgehen. Die Veränderungen an den Schulen verlangen die Neuausrichtung mit dem Fokus auf das gemeinsame Miteinander von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung. Das Stadtschulamt beauftragt Träger mit der Koordination und Durchführung der Programme zur inklusiven Bildung in der allgemeinen Schule. Bestehende Aufträge an der Karl-Oppermann-Schule sowie der Wallschule enden deshalb im Rahmen der Modellregion Inklusive Schulentwicklung, also spätestens zum Schuljahr 2019/2020.

Im Gespräch mit diesen Fachkräften müssen wir die Sicherheit vermitteln, dass wir bis zur Neuausrichtung der Betreuungsangebote auf ihre Expertise vertrauen. Gemeinsam mit den Trägern bietet das Stadtschulamt multiprofessionelle Qualifizierungsprogramme an, sodass ein Engagement auch im Rahmen der Neuausrichtung möglich ist.

Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Diese Eltern sind die Treiber der inklusiven Beschulung. Denn eine Vielzahl von ihnen fordert für ihre Kinder den Anspruch auf den Besuch einer Regelschule ein. Ihnen geht es an vielen Stellen nicht schnell genug mit der inklusiven Beschulung. Sie beklagen die mangelhafte Ressourcenverteilung und sorgen sich um die Qualität der Betreuung ihrer Kinder in den Regelschulen.

Wir müssen ihnen erläutern, dass wir ihr Anliegen und ihren Anspruch auf inklusive Beschulung ernst nehmen und umsetzen. Mit der Modellregion erhöhen wir nun das Tempo in Sachen Inklusion. Aber: Wir werden den Weg verantwortungsvoll gehen und nichts überstürzen.

Es gibt aber auch Eltern von Kindern mit Förderbedarf, die ihre Kinder weiterhin auf einer Förderschule unterrichten lassen wollen und Sorge haben, dass dies in Zukunft nicht möglich sein könnte. Auch diese Elterngruppe haben wir im Blick und es gilt, ihnen diese Ängste zu nehmen. Auch in Zukunft wird es die Wahlfreiheit geben. Jedes Kind, dessen Eltern einen Platz in einer Förderschule wünschen, wird diesen auch weiterhin bekommen.

Zur Information: Alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die aktuell die Mittel- und Hauptstufe der Karl-Oppermann-Schule oder der Wallsschule besuchen, können den entsprechenden Abschluss an ihrer Schule absolvieren. Schülerinnen und Schüler der Grundstufe können diese ebenfalls im Rahmen der Modellregion regulär abschließen. Sie werden zum Übergang an eine weitere Förderschule oder zur Inklusiven Beschulung an einer Regelschule gut begleitet.

Eltern von Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf

In der Gruppe der Eltern von Kindern ohne Förderbedarf gibt es zwei Strömungen. Diejenigen, die einer inklusiven Beschulung kritisch gegenüberstehen und andere, die diese Entwicklung positiv beurteilen.

Ersteren möchten wir erläutern, dass es unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung zur Normalform zu machen. Wir müssen ihnen vermitteln, dass sich die Qualität des Unterrichts an Regelschulen durch die Modellregion nicht verschlechtert, im Gegenteil: Inklusion wirkt sich nachweislich positiv auf die Lern- und Entwicklungswege von allen Kindern und Jugendlichen aus.

Diejenigen, die der Entwicklung positiv gegenüberstehen, möchten wir ermuntern, ihre Begeisterung mitzuteilen und über die vielleicht schon bestehenden positiven Erfahrungen zu berichten. Wir freuen uns, wenn sie anderen Eltern Mut machen und gegenüber den Schulvertretern zum Ausdruck bringen, dass sie die Anstrengungen befürworten.

Schülerinnen und Schüler

Die Schülerschaft ist der wichtigste Baustein zum Gelingen der Inklusiven Schulentwicklung. Denn sie lebt Inklusion – in der Schule und in vielen Freizeitaktivitäten. Im Beteiligungsprozess „Frankfurt macht Schule“ wurde festgestellt, dass Kinder im Mittelpunkt aller weiteren Überlegungen stehen. Das Ziel ist: Bildung „vom Kind her denken“. Das muss in den Gesprächen mit den Kindern und Jugendlichen selbst – und natürlich allen anderen Zielgruppen – auch zum Ausdruck gebracht werden.

Vom Kind her denken heißt auch, dass es nicht darum geht das Kind an das Schulsystem anzupassen, sondern das System so zu gestalten, dass es zum Kind passt. Das bedeutet bei allen anstehenden Veränderungen, dass wir die Bedürfnisse und Situationen der Schülerinnen und Schüler erfragen und berücksichtigen werden.

ANSPRUCH DER STADT FRANKFURT

Der Anspruch der Stadt Frankfurt ist es, Inklusion in allen Bereichen umzusetzen. Ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Schule. Denn Fakt ist: Immer mehr Eltern, Schülerinnen und Schüler fordern ihr Recht auf Teilhabe an Bildung ohne Nachteile ein. Unser Anspruch ist es, dieser Forderung mit guter Qualität zu entsprechen.

- Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen sollen ohne Nachteile Zugang zum Bildungssystem haben und den bestmöglichen Abschluss durch hochwertigen Unterricht in der inklusiven Beschulung erreichen können.
- Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen sollen auf die Teilhabe am Berufs- und Arbeitsleben vorbereitet, sowie zur selbstständigen Lebensgestaltung befähigt werden.

Um das zu erreichen, brauchen wir von allen betroffenen Akteurinnen und Akteuren Bereitschaft zur Veränderung. Auch das Verwaltungshandeln werden wir dahingehend anpassen und in der ämterübergreifenden Kooperation neue Synergien schaffen: Die Ämter der Stadt haben alle Kinder und deren Eltern im Blick und arbeiten zusammen, um Inklusion weiter voran zu bringen.

„Warum erst jetzt?“, fragen die einen. „Warum schon jetzt?“, fragen andere. Mit dem Start der Modellregion zum Schuljahr 2015/2016 haben wir den richtigen Zeitpunkt getroffen. Denn in zwei zentralen Punkten können wir genau jetzt unserem eigenen Anspruch gerecht werden:

Land kommt Forderungen der Stadt Frankfurt entgegen

In den Verhandlungen mit dem Land Hessen über die Kooperationsvereinbarung zur Modellregion Inklusive Schulentwicklung war es der Stadt Frankfurt von Anfang an wichtig, dass freiwerdende Stellen von Förderschullehrerinnen und -lehrern, die durch die geplanten Neustrukturierungen entstehen, in den entsprechenden Bildungsregionen erhalten bleiben. Darüber hinaus bestand die Stadt Frankfurt darauf, der allgemein wachsenden Zahl an Schülerinnen und Schülern Rechnung zu tragen und im Rahmen der Modellregion die Anzahl der Förderschullehrerstellen zu erhöhen. Beide Forderungen sind nun mit dem Land Hessen fest vereinbart.

Das Land Hessen sagt im Rahmen der Modellregion bis zu 23 zusätzliche Stellen für Förderschullehrerinnen und -lehrer zu. Das ist ein echter Zugewinn. Die Stadt Frankfurt setzt sich darüber hinaus beim Land für weitere Ressourcen ein.

Beteiligungsprozess „Frankfurt macht Schule“ abgeschlossen

Unter dem Motto „Frankfurt macht Schule“ haben wir gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren der Bildungslandschaft Frankfurt in einem breit angelegten öffentlichen Beteiligungsverfahren einen Schulentwicklungsplan erarbeitet. Der Prozess wurde im Herbst 2014 abgeschlossen. Die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses sind grundlegend in die Vereinbarungen zur Modellregion eingeflossen: Kinder stehen im Mittelpunkt, Regionalität sowie Vernetzung werden gefördert. Und: Frankfurt ist eine multikulturelle Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

REGIONALE KOORDINIERUNGSPLATTFORMEN

Schulen wollen nicht mehr Einzelkämpfer sein. Das war eine Erkenntnis aus dem Beteiligungsprozess „Frankfurt macht Schule“. Und dort, wo Regelschulen Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf unterrichten, braucht es auch einen noch intensiveren Austausch zwischen den Schulen, mit der Jugendhilfe sowie der Beratung und den therapeutischen Angeboten. Unser Ziel: Eine Stärkung und weitere Vernetzung der Präventionsarbeit vor Ort, insbesondere an den Grundschulen im Rahmen der Modellregion Inklusive Schulentwicklung.

Daher werden wir die bestehenden regionalen Beratungs- und Förderzentren mit weiteren multiprofessionellen Unterstützungsangeboten in der Region organisatorisch zusammenführen. Über diese Stelle werden auch die therapeutischen Leistungen sowie weitere Unterstützungen im Jugendhilfebereich vernetzt und mit dem schulischen Bereich verzahnt. Die entstehende „Koordinierungsplattform“ Inklusion verknüpft sonderpädagogisches und sozialpädagogisches Know-how mit Erfahrungen in der Organisation und Moderation von Entwicklungsprozessen in Bildungsinstitutionen und in der Region.

Im ersten Schritt werden wir in den Bildungsregionen Süd und West je eine Koordinierungsplattform einrichten. Diese beiden Regionen stehen bei der bevorstehenden Umwandlung der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ im Fokus. Von den Erfahrungen, die wir dort machen, profitieren alle weiteren Bildungsregionen bei dem sukzessiven Auf- und Ausbau ihrer regionalen Gremien zur organisatorischen Zusammenarbeit.

Stadtweit freiwerdende Ressourcen aus der sozialpädagogischen Förderung und Jugendhilfe an Schulen werden zum Start der Modellregion in die Bildungsregionen Süd und West umgelenkt und in den regionalen Koordinierungsstellen gebündelt, um die inklusive Beschulung der Grundschulen zu unterstützen.

Ziel ist, dass nicht nur die verschiedenen Professionen, sondern auch die Verwaltungsstrukturen der relevanten Fachfelder systematisch aufeinander bezogen werden. Daher wird diese regionale Perspektive auch auf der Ebene der Verwaltung abgebildet.

SITUATION IN DEN REGIONEN

Die Stadtverordnetenversammlung hat im November 2014 die Modellregion zur Inklusiven Schulentwicklung beschlossen und dem Entwurf der Kooperationsvereinbarung zugestimmt. Der Rahmen steht: Die Modellregion Inklusive Schulentwicklung ist ein Konzept aus einem Guss, Land und Stadt arbeiten Hand in Hand. Nun kommt es bei der konkreten Ausgestaltung vor Ort darauf an, dass alle Akteurinnen und Akteure ihre Ideen einbringen und sich für das gemeinsame Ziel engagieren.

Die Kooperationsvereinbarung sieht vor, dass Frankfurt verschiedene Wege in Richtung Inklusion beschreitet:

- Die Weißfrauenschule mit dem Förderschwerpunkt „Sprachheil“ wird zur Regelschule umgewandelt. Das besondere Profil der Schule bleibt erhalten. Die präventiven Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung und der Sprachheilförderung werden im gesamten Stadtgebiet gestärkt.
- In den Regionen Süd und West werden konkret zwei Schulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ schrittweise aufgehoben. Die Schulstandorte werden in inklusive Grundschulen umgewandelt.
- Mit den verbleibenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ sowie mit den Beratungs- und Förderzentren und den Bildungsregionen im Stadtgebiet werden Zielvereinbarungen zur Stärkung inklusiver Maßnahmen getroffen.

Im weiteren Verlauf der Modellregion zur Inklusiven Schulentwicklung sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung der inklusiven Schulentwicklung umgesetzt werden. Frühestens ab Sommer 2016 wird hier gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren ein entsprechender Entwicklungsprozess gestartet. Ziel ist es, in die Modellregion sukzessive weitere Förderschwerpunkte einzubeziehen. Hierzu liegt derzeit aber noch keine zeitliche Planung vor.

Weißfrauenschule

Die Weißfrauenschule geht den umgekehrten Weg. Die Schulleitung der Förderschule mit dem Schwerpunkt „Sprachheilförderung“ hat von sich aus den Vorschlag eingebracht, die Mittel- und Hauptschule schrittweise in eine Regelschule mit einem entsprechenden Schulprofil umzuwandeln. Die Grundstufe bleibt als Förderschule erhalten.

Um die freie Schulwahl für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf „Sprachheilförderung“ auch weiterhin gesamtstädtisch zu gewährleisten, können bei Bedarf über die Weißfrauenschule Kooperationsklassen an allgemeinen Schulen gebildet werden.

Ab Frühjahr 2015 werden die möglichen Perspektiven – Integrierte Gesamtschule oder verbundene Haupt- und Realschule – für die Weißfrauenschule mit dem Hessischen Kultusministerium im Rahmen der Gesamtkonzeption abgestimmt. Anschließend wird ein Umsetzungsplan mit der Definition der Schritte und Zeitfenster zur Umwandlung der Systeme erstellt. Der Gesamtprozess bis zum Beginn der Umwandlung ist mit dem Ministerium auf fünf Jahre vereinbart.

Auch an der Weißfrauenschule werden aktuell in einer Vorbereitungsgruppe Empfehlungen für die Gesamtkonzeption der Modellregion erarbeitet.

Bildungsregion Süd

Die Wallschule wird als Förderschule mit Schwerpunkt „Lernen“ schrittweise in den nächsten fünf Jahren aufgehoben und in eine Regel-Grundschule umgewandelt. Das regionale Beratungs- und Förderzentrum der Wallschule bleibt als Schule ohne Schülerinnen und Schüler erhalten und wird der regionalen Koordinierungsplattform Inklusion angegliedert. Am ursprünglich vorgesehenen neuen Schulstandort der Wallschule wird eine ganztägige Grundschule – zunächst als Außenstelle der Textorschule – eingerichtet.

Die sonderpädagogischen Lehrkräfte bleiben in der Bildungsregion Süd erhalten und werden sukzessive zur Unterstützung der inklusiven Beschulung und der Prävention an den allgemeinen Schulen eingesetzt.

Im Rahmen der Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Modellregion werden ab Frühjahr 2015 gemeinsam mit der Schulgemeinde konkrete Maßnahmen entwickelt und vereinbart, wie die schrittweise Aufhebung der Förderschule gelingen kann. Aktuell hat sich eine Vorbereitungsgruppe der Schule konstituiert, die Empfehlungen für die Gesamtkonzeption erarbeitet. Dieser Arbeitsprozess wird durch uns fachlich begleitet.

Die Pilotregion Süd wird über die bisherigen Verbundschulen hinaus auf die Schulen aller Frankfurter Stadtteile südlich des Mains erweitert.

Bildungsregion West

Die Karl-Oppermann-Schule wird als Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ schrittweise aufgehoben. Das regionale Beratungs- und Förderzentrum (rBFZ) der Karl-Oppermann-Schule bleibt als Schule ohne Schülerinnen und Schüler erhalten. Es wird zu einem neuen rBFZ-West aufgebaut und der regionalen Koordinierungsplattform Inklusion angegliedert. Der Schulstandort wird in eine Grundschule umgewandelt. Zudem geht das bestehende rBFZ der benachbarten Kasinoschule in dem neuen rBFZ-West auf.

Auch hier bleiben die Förderschullehrkräfte in der Region und werden schrittweise an die Regelschulen umgelenkt. Ebenso ist auch in der Bildungsregion West ab Frühjahr 2015 eine gemeinsame Maßnahmenentwicklung zur Umwandlung der Karl-Oppermann-Schule im Rahmen der Gesamtkonzeption geplant. Aktuell erarbeitet eine vorbereitende Konzeptgruppe der Schule mit unserer fachlichen Begleitung Empfehlungen für die Gesamtkonzeption der Modellregion.

Weitere Bildungsregionen

Mit den Förderschulen „Lernen“ (Bürgermeister-Grimm-Schule, Charles-Hallgarten-Schule und Johann-Hinrich-Wichern-Schule) werden auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt Zielvereinbarungen zur Senkung der Förderschulbesuchsquote getroffen. Die Zielvereinbarungen sind Grundlage für einen flexiblen Einsatz der sonderpädagogischen Ressourcen je nach Elternwahlrecht entweder in der Förderschule oder in der inklusiven Beschulung. Bei der Erarbeitung der Zielvereinbarungen werden jene allgemeinen Schulen mit einbezogen, die mit den genannten Förderschulen in Kooperation stehen. An diesen Schulen gilt es, die inklusive Beschulung zu stärken und wenn möglich auszubauen.

DIE ENTWICKLUNG DER GESAMTKONZEPTION

Die zuvor dargestellten Maßnahmen sind in der Kooperationsvereinbarung festgeschrieben und bilden den Rahmen für die Modellregion Inklusive Schulentwicklung. Nun geht es darum, die Gesamtkonzeption – die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen vor Ort – gemeinsam zu erarbeiten. Die Federführung für diesen Schritt liegt beim Staatlichen Schulamt.

An den drei Schulstandorten – Wallschule, Karl-Oppermann-Schule und Weißfrauenschule – haben sich bereits Vorbereitungsgruppen gebildet, die ihren Fokus auf die standortspezifischen Anforderungen im Veränderungsprozess richten und Empfehlungen für die Gesamtkonzeption abgeben werden. Neben den Vertreterinnen und Vertretern des jeweiligen Kollegiums und der Eltern gehören diesen Gruppen auch das Staatliche Schulamt sowie das Stadtschulamt an. Ergänzend wird es in allen Regionen Dialogveranstaltungen geben. So stellen wir sicher, dass das Wissen und die Erfahrungen der direkt betroffenen Personen in die Gestaltung und Umsetzung der Modellregion einfließen.

Für einige Querschnittsthemen – wie beispielsweise die wissenschaftliche Begleitung, die sozialpädagogische Förderung, die Ausgestaltung der rBFZ und der Koordinierungsplattform Inklusion oder die veränderte Rolle und Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern – werden zusätzlich Regionen übergreifende Konzeptgruppen gebildet. Auch diese Gruppen sind multiperspektivisch zusammengesetzt: Schulen, Träger, Eltern und Ämter entwickeln gemeinsam fachliche Empfehlungen. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Gruppen werden am 31. März 2015 und am 30. Juni 2015 vorgelegt.

Zur Zusammenführung aller konzeptionellen Bausteine und zur Bearbeitung der Texte konstituiert das Staatliche Schulamt eine Fachgruppe Gesamtkonzeption. Dort sind die verschiedenen Konzeptgruppen, die Vorbereitungsgruppen sowie die Grundschulen und der Sekundarstufenbereich I vertreten. Die Fachgruppe Gesamtkonzeption wird von der Führungskräfte-Akademie des Landesschulamtes begleitet.

Die Gesamtkonzeption Modellregion Inklusive Schulentwicklung Frankfurt am Main wird im Juli 2015 dem Hessischen Kultusministerium vorgelegt.

AUSBLICK

Ab dem Schuljahr 2015/2016 haben wir die Chance im Zuge der Modellregion die Qualität der inklusiven Beschulung in Frankfurt deutlich zu steigern.

Bis dahin sind im Rahmen der Gesamtkonzeption in den Bildungsregionen noch viele Schritte zu gehen. Wir beschreiten diesen Weg gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren.

Die vorliegende Argumentationshilfe gibt Ihnen grundlegende Informationen zur Modellregion Inklusive Schulentwicklung an die Hand. Bei einigen Punkten stehen wir noch am Anfang der Konzeption. Daher können wir an dieser Stelle noch nicht alle offenen Fragen beantworten.

Über die weiteren Entwicklungen sowie über die anstehenden Termine im Rahmen der Gesamtkonzeption informieren wir Sie auf unserer Transparenzplattform www.frankfurt-macht-schule.de und mittels eines Newsletters für den Sie sich auf dieser Internetseite registrieren können. Wir ermutigen Sie, sich fortlaufend über die Entwicklungsschritte zu informieren.

Wir sind zudem auf Ihr Feedback und Ihre Anmerkungen angewiesen, um die Modellregion Inklusive Schulentwicklung erfolgreich auf den Weg zu bringen. Wir freuen uns auf einen regen Austausch.

Wir stehen vor einer großen Aufgabe, vor einem komplexen Prozess. Auf diese Aufgabe freuen wir uns. Auch darüber, dass Frankfurt wieder einmal zu den innovativen Vorreitern gehört. Bei dem gesamten Prozess muss allen Beteiligten klar sein: Inklusion braucht funktionierende Strukturen und Unterstützungssysteme, findet aber im Wesentlichen in den Köpfen statt.

Interessierte, die mehr zum Thema Modellregion Inklusive Schulentwicklung erfahren möchten, können sich gern wenden an:



Frau Roswitha Bonacker
Landesschulamt und Lehrkräfteakademie
Staatliches Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main
Stuttgarter Straße 18–24
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 38989-132
E-Mail: Roswitha.Bonacker@kultus.hessen.de

STADT  STADTSCHULAMT
FRANKFURT AM MAIN



Herr Dr. Elard Apel
Stabstelle Pädagogische Grundsatzplanung
Stadtschulamt
Seehofstraße 41
60594 Frankfurt am Main
Tel: 069 / 212-70394
E-Mail: elard.apel@stadt-frankfurt.de
Internet: www.frankfurt-macht-schule.de



FRANKFURT MACHT SCHULE